

## The Day After

Wie sich Syrer die Zukunft ihres Landes vorstellen

Muriel Asseburg

In der ersten Jahreshälfte 2012 traf sich eine Gruppe syrischer Oppositioneller sechsmal zu ausgedehnten Arbeitssitzungen in den Räumen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Dabei ging es darum, Pläne für einen Übergang zur Demokratie nach dem Ende der Assad-Herrschaft zu entwerfen. Ziel war einerseits, sowohl der syrischen Gesellschaft als auch der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass die syrische Opposition keineswegs so fragmentiert und zerstritten ist, wie es in der Regel in den Medien dargestellt wird. Im Gegenteil: Über konfessionelle, ethnische und ideologisch-politische Gräben hinweg sind sich Syrer in vielen grundlegenden Punkten in Bezug auf die Zukunft ihres Landes einig.

Ziel war andererseits, eine erste Grundlage für einen erfolgreichen Übergang in Syrien zu legen. Denn die Erfahrung mit ähnlich gelagerten Prozessen lehrt: Die Herausforderungen, vor denen Gesellschaften in einer solchen Phase stehen, sind immens. Dies gilt umso mehr, wenn der Übergang durch bewaffnete Kämpfe erfolgt und zum Erbe autoritärer Herrschaft noch Auswirkungen dieser Gewalt hinzukommen. Der Aufbau demokratischer Institutionen und das Einüben demokratischer Verhaltensweisen wird dadurch zusätzlich erschwert. Diese Auswirkungen sind in Syrien heute deutlich sichtbar: Weite Teile der Gesellschaft werden von den bewaffneten Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gezogen, sind traumatisiert, haben Einkommen, Haus und Habe verloren oder sind auf der Flucht. Das Land ist von massiven materiellen Kriegsschäden und dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen in vielen Gebieten geprägt. Zwischen den einzelnen Volksgruppen haben sich – vom Regime und von externen Unterstützern der Rebellen geschürt – Misstrauen, Angst und Hass breitgemacht.

Damit es dennoch gelingt, ein demokratisches, inklusives, freies Syrien aufzubauen, ist es wichtig, unter Syrern ein gemeinsames Verständnis zu erzielen: über das Ziel des Übergangs, über die Herausforderungen und Politikoptionen und über Maßnahmen, die in diesem Sinne ergriffen werden müssen. Dazu soll das Projekt einen Beitrag leisten, indem es eine detaillierte Diskussionsvorlage liefert. Außerdem werden Maßnahmen identifiziert,



Dr. Muriel Asseburg,  
geb. 1968, Senior Fellow  
in der Forschungsgruppe  
Naheer / Mittlerer Osten  
und Afrika, Stiftung  
Wissenschaft und Politik  
(SWP), Berlin.  
muriel.asseburg@swp-  
berlin.org

die bereits vor dem Fall des Regimes ergriffen werden sollten, um die Gewaltspirale zu durchbrechen und den Weg für einen erfolgreichen Übergang zu ebnen.

### Das Projekt

Insgesamt nahmen rund 45 Syrerinnen und Syrer an den Arbeitstreffen teil. Dazu reisten sie aus Syrien selbst oder aus der Diaspora an. Viele hatten das Land erst kürzlich verlassen und halten sich nun in den Nachbarstaaten auf; einige leben schon seit Längerem im Ausland. Manche Teilnehmer konnten nicht anreisen, nahmen aber an ausgewählten Sitzungen via Skype teil. Unter ihnen waren unabhängige Persönlichkeiten sowie Mitglieder der großen Oppositionsbündnisse, etwa des Syrischen Nationalrates und der Lokalen Koordinationskomitees. Sie repräsentieren ein breites Spektrum der konfessionellen und ethnischen Gruppierungen Syriens sowie seiner politischen Strömungen.

Geleitet wurde das Projekt von einem syrischen Exekutivkomitee. Unterstützt wurde seine Umsetzung vom United States Institute of Peace (USIP) gemeinsam mit der SWP. Die Finanzierung kam vom US-amerikanischen und Schweizer Außenministerium sowie einer holländischen und einer norwegischen Nichtregierungsorganisation, Hivos und Noref. Das deutsche Auswärtige Amt half insbesondere durch Visaerleichterungen. Internationale Experten leisteten Hilfestellung, indem sie über Erfahrungen bei ähnlichen Übergangsprozessen in arabischen (und nicht-arabischen) Ländern berichteten und gemeinsam mit der syrischen Gruppe deren wichtigste Lektionen analysierten sowie unterschiedliche Ansätze auf ihre Anwendbarkeit auf Syrien überprüften.



Weiterlesen:

J. Makdissi,

Syrien: Ein neuer Partner?

WeltTrends 65

### Vision für eine Nach-Assad-Ordnung

Ende August 2012 legte die Gruppe ein umfassendes Dokument vor, das aufzeigt, wie die beteiligten Syrer sich die Zukunft ihres Landes vorstellen, wo sie die Hauptherausforderungen beim demokratischen Übergang sehen, welche Möglichkeiten es gibt, mit diesen umzugehen und welche Lösungsansätze sie empfehlen.\*

\* Das Dokument ist auf Englisch und Arabisch auf der Website des Projekts „The Day After: Supporting a Democratic Transition in Syria“ unter [www.tda-sy.org](http://www.tda-sy.org) (abgerufen am 13.10.2012) einsehbar. Eine englische Zusammenfassung mit Hintergrundinformationen findet sich auf der Website der SWP: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2012C28\\_TDA.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2012C28_TDA.pdf) (abgerufen am 15.10.2012).

Ein zentraler Punkt: Im Syrien nach Assad sollen alle Bürger vor dem Gesetz gleich sein. Das Verhältnis von Individuum und Staat soll – unabhängig von Religions- / Konfessions- oder ethnischer Zugehörigkeit und unabhängig davon, ob Mann oder Frau – durch die Staatsbürgerschaft bestimmt sein. Das mag für deutsche Ohren nicht sonderlich spektakulär klingen, aber für Syrien wäre es eine entscheidende Kehrtwende. Syriens bisherige Ordnung beruht nicht nur auf einem massiven Repressionsapparat, sondern auch maßgeblich auf der Privilegierung und Diskriminierung einzelner Volksgruppen. Einigkeit besteht auch dahingehend, dass Syrien ein ziviler Staat sein soll, in dem die Sicherheitskräfte ziviler Kontrolle unterliegen und ihre Aufgabe der Schutz der Sicherheit und der Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger ist. Auch dies wäre eine Abkehr vom bisherigen System, in dem Sicherheitskräfte weitestgehend über dem Gesetz stehen und in erster Linie zur Absicherung des Regimes *gegen* die Bevölkerung da sind. Und: Syrer wollen demokratisch regiert werden und politisch teilhaben – dies soll u. a. durch Elemente der Dezentralisierung erreicht werden, die Bürgerbeteiligung sowie kulturelle Vielfalt auf allen Ebenen erlaubt und fördert. Gleichzeitig soll die territoriale und politische Einheit Syriens erhalten werden.

Neben solchen Prinzipien stellt das Dokument spezifische Ziele und Maßnahmen in sechs Politikbereichen vor, die nach Auffassung der Projektteilnehmer für die kurz- und mittelfristige Zukunft Syriens von zentraler Bedeutung sind: Rechtsstaatlichkeit; Übergangsjustiz; Sicherheitssektorreform; Verfassungsprozess und Prinzipien einer neuen Verfassung; das Wahlsystem, insbesondere für die Wahlen einer verfassungsgebenden Versammlung; sowie wirtschaftlicher Wiederaufbau und Sozialpolitik. Einige der wichtigsten Schlussfolgerungen.

*Rechtsstaatlichkeit:* Für besonders wichtig halten es die Teilnehmer, von einem Regime, das von der Willkürherrschaft Einzelner geprägt ist, zu einem Rechtsstaat zu kommen, in dem alle gleichermaßen dem Gesetz unterworfen sind. Zu Maßnahmen in diesem Bereich gehören zunächst die Verhinderung von Rechtlosigkeit, Gewalt und Kriminalität in der Übergangsperiode. Dann wird es u. a. um die Abschaffung außerordentlicher Gerichte und Gefängnisse, die Stärkung der Kapazitäten des Justizsystems und die Einrichtung von Aufsichtsmechanismen gehen müssen. Maßnahmen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit müssen im

Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen und geeignet sein, Rechtssicherheit zu etablieren.

*Übergangsjustiz:* Vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Willkürherrschaft, systematischer Diskriminierung, Gewalterfahrung (nicht nur bei heutigen Auseinandersetzungen, sondern auch in der Vergangenheit, etwa im Zusammenhang mit der brutalen Niederschlagung eines Aufstandes zu Beginn der 1980er Jahre) und der akuten Gefahr der Eskalation des bewaffneten Machtkampfes in einen Bürgerkrieg entlang ethno-konfessioneller Linien ist den Syrern schmerzlich bewusst, wie wichtig es ist, unter Vermeidung von Siegerjustiz, vergangenes Unrecht und Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. Nur so kann die Basis für ein friedliches Zusammenleben der zahlreichen Völker und Konfessionen Syriens gelegt werden. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, Opfern von heutigem und früherem Unrecht eine Stimme zu geben und zur Wahrheitsfindung – damit auch zur Diskussion über Geschichte und Identität des neuen Gemeinwesens – beizutragen. Dabei bedarf es neben individueller Wiedergutmachung auch gesellschaftlicher Aussöhnung. Wie auch im Bereich Rechtsstaatlichkeit empfehlen die Projektmitglieder, bereits vor dem Fall des Regimes Maßnahmen zu ergreifen. Dabei geht es nicht nur um die Dokumentierung von Verbrechen, sondern vor allem auch um eine Kampagne, die darauf abzielt, Rache- und Vergeltungsakte zu verhindern und Kämpfer an Ehrenkodexe zu binden, sowie um die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie der Übergangsjustiz.

*Sicherheitssektorreform:* Nach dem Fall des Regimes werden Sicherheitsfragen kurzfristig zu den dringlichsten Herausforderungen gehören und ihre Bewältigung Hauptvoraussetzung für Fortschritte in den anderen Politikbereichen sein. Vornan stehen die Fragen: Wie können Unruhen, Plünderungen und Vergeltungsangriffe verhindert werden? Wer sorgt für Sicherheit und Ordnung in der Übergangsperiode? Wie kann dafür gesorgt werden, dass bewaffnete Gruppierungen und Milizen aufgelöst bzw. einer Übergangsautorität unterstellt werden? Wie schwierig eine solche Entwaffnung und die Wiederherstellung eines legitimen und allseits akzeptierten Gewaltmonopols ist, zeigt sich gerade in Libyen. Auch in diesem Bereich

ist es erforderlich, entsprechende Maßnahmen vor dem Sturz des Regimes zu treffen, die u. a. auf die Einrichtung zentraler Kommandostrukturen bei den Rebellen und deren Unterstellung unter eine zivil-politische Führung abzielen. Auch gilt es, in der zivilen Polizei und im Militärapparat Personal zu identifizieren, das in einer Übergangsperiode Führungsfunktionen übernehmen kann. Gleichzeitig müssen von Anfang an die Grundlagen für den Aufbau eines demokratisch kontrollierten Sicherheitsapparats gelegt werden.

*Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Sozialpolitik:* Der Wiederaufbau der Wirtschaft und des Sozialsystems wird den Syrern einiges abverlangen. Denn die Politik der Baath-Partei hat enorme wirtschaftliche Verzerrungen und soziale Ungleichheit hinterlassen, die durch Korruption und Vetternwirtschaft sowie die partielle Liberalisierung der vergangenen Jahre noch verschärft worden sind. Hinzu kommen Schäden an Privateigentum, Infrastruktur und Produktionsmitteln in Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen sowie die Auswirkungen der Sanktionen. Die Projektteilnehmer sind sich bewusst, dass der Erfolg des Übergangs zu einer stabilen, friedlichen und demokratischen Ordnung auch entscheidend davon abhängt, wie schnell und effektiv es einer Übergangsregierung gelingt, dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.



**Weiterlesen:**

O. Schlumberger,  
Nach dem arabischen Frühling  
*WeltTrends* 82

### Gegen das Auseinanderbrechen

Auch wenn es durchaus noch dauern kann, bis das Assad-Regime zusammenbricht, und es so aussieht, als ob die auf den Zusammenbruch folgende Phase der Transition von weiterer Gewalt geprägt sein dürfte: Wichtig ist, dass die Ziele der zunächst zivilen Protestbewegung nicht aus den Augen verloren werden und dass Syrerinnen und Syrer gemeinsam mit internationalen Unterstützern aktiv an einer friedlichen, inklusiven und demokratischen Zukunft ihres Landes arbeiten. Nur so kann Vergeltungsakten, fortdauernder Gewalt und einem Auseinanderbrechen des Staates entgegengewirkt werden. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn auch diejenigen Syrer für sich eine Zukunft in Syrien sehen, die heute – aus welchen Gründen auch immer – nicht aufseiten der Aufständischen stehen. 